

Rede
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
zur Einbringung des Landeshaushalts 2011
am 23. Februar 2011

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es war heute eine interessante Debatte. Wie üblich geht auch die Ministerpräsidentin in die zweite Runde. Ich habe dann die Gelegenheit, die letzten Beiträge zu kommentieren. Was uns Herr Laumann heute zum Besten gegeben hat, war einerseits ein bisschen überraschend, andererseits auch nicht. Ich habe nicht mitgezählt, aber die am meisten verwendeten Begriffe waren „Regierung Rüttgers“ und „Vorgängerregierung“. Ich verstehe, dass Sie vor allem und sehr gerne über die Vergangenheit reden. Es geht aber jetzt um die Zukunft unseres Landes. Die müssen wir gestalten.

Deshalb sollten wir auch nicht in den Auseinandersetzungen des Gestern bleiben. Wir sollten anhand der vorgelegten Haushaltsentwürfe darüber diskutieren, was das Beste für unser Land und für die Menschen in diesem Land ist. Um die Frage geht es.

Sie haben einige Schlagworte genannt. Ich würde gerne ein bisschen mehr Sachlichkeit einkehren lassen. Sie können mich gerne mit dem Begriff „Schuldenkönigin“ bezeichnen. Die Wahrheit ist aber, wenn es um die Frage geht, wer die meisten Schulden in diesem Land macht, dann müssen Sie den Titel am nächsten Montag mit zu Ihrer Kollegin Frau Dr. Merkel nehmen.

Bleiben wir bei aller Liebe bei den Tatsachen: Die Kreditfinanzierungsquote des Bundes ist schlechter als die des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Investitionsquote des Bundes ist schlechter als die von Nordrhein-Westfalen. Eine ähnlich hohe Bindung von Personalkosten hat der Bund ebenfalls nicht. Bleiben wir also bei den Tatsachen, lieber Herr Kollege Laumann.

Lassen Sie mich eines noch zur Klarstellung sagen. Ich gehe nach den Themen vor, die Sie angesprochen haben. Sie sagen, die CDU-Fraktion wird sich erst nach dem 15. März einbringen. Sie behaupten, wir hätten angekündigt, nach dem 15. März eine Ergänzung vorzulegen. Das haben wir nicht angekündigt. Wir haben mit der heutigen Einbringung eine Ergänzung vorgelegt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Ergänzung mitdiskutieren können. Ich halte das für richtig und komme nachher noch einmal im Detail darauf zurück.

Was uns das Verfassungsgericht aufgeben wird, schauen wir uns wahrscheinlich gemeinsam erst einmal in aller Ruhe an. Niemand kann sagen, wie das Urteil aussehen wird. Aber um was es geht, wissen wir. CDU- und FDP-Fraktion sind nach Münster gegangen, weil sie der Auffassung sind, die Kreditverschuldungsgrenze wäre einzuhalten gewesen; es läge keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mehr vor. Das ist der eine Punkt, den Sie dort angeprangert haben. Der zweite ist, das wir aus Ihrer Sicht Rücklagen aus Schulden gebildet haben. Zu beiden Punkten haben wir hier häufiger diskutiert.

Zur Kreditverfassungsgrenze kann ich Ihnen nur raten: Schauen Sie genau hin, welchen Stand Sie selbst hinterlassen haben! Das gehört zur Redlichkeit. Mir liegt ein wunderbarer Vermerk vor, der am 24. Juni vom Finanzministerium zum Verfahren und zum erreichten Verhandlungsstand bei der Haushaltsaufstellung 2011 erstellt wurde. Darin steht unter V – ich zitiere -: Im laufenden Haushaltsjahr wird die Kreditverfassungsgrenze um fast 2,875 Milliarden Euro überschritten. – Zu dem Zeitpunkt kannten Sie zugegebenerweise die Steuermehreinnahmen noch nicht. Das sind aber keine 2,5 Milliarden Euro; darüber sind wir uns einig. Jetzt kommt der entscheidende Satz: Auch im Finanzplanungszeitraum bis 2014 gibt es trotz restriktiver Annahmen für die Ausgabenentwicklung keine Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze.

Hört, hört!

Etwas weiter heißt es: Nach Überwindung der Wirtschaftskrise wird man den Ausnahmetatbestand nicht mehr leicht heranziehen können, um die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze zu rechtfertigen.

Das sind die Dinge, die Sie uns hinterlassen haben. Dies ist übrigens in einer wunderbaren mittelfristigen Finanzplanung dokumentiert, die der wertere Kollege der FDP immer aus seinem Gedächtnis zu streichen versucht. Darin steht eine konstante jährliche Nettoneuverschuldung in Höhe von sechs Milliarden Euro, aber kein Weg, wie man die Schulden auf Null bringen sollte. Ich komme gleich noch näher auf die Details zurück.

Lieber Herr Kollege Laumann, ich fand es schon spannend, dass Sie über Hamburg sprechen und Olaf Scholz in den Himmel loben. Sie tun das offensichtlich, ohne das Parteiprogramm gelesen zu haben. Er tut das, was wir auch tun, nämlich wirtschaftliche Kompetenz mit einer klaren Zukunftspolitik zu verbinden. Sie besteht aus der Abschaffung von Kitagebühren und einer Abschaffung von Studiengebühren. Das ist der richtige Weg. Den gehen wir genauso konsequent. Dass Sie damit überdecken wollen, dass Sie dort eine krachende Niederlage erlitten haben, sei Ihnen an dieser Stelle erlaubt.

Schmunzeln musste ich aber ehrlich gesagt auch, als Sie über Ökologie geredet haben. Da bin ich ganz beim Kollegen Priggen. Da musste ich wirklich schmunzeln. Wir beide hatten den Eindruck, hier spricht jetzt der neue Naturphilosoph. Lieber Kollege Laumann, vielleicht kann daraus noch einmal ein Dokortitel werden. Das soll heutzutage relativ einfach sein. Das könnte ja sein.

- Scherz beiseite!

Sie haben heute über viele Dinge geredet. Auch der Kollege der FDP hat über viele Dinge gesprochen, über die wir in den nächsten Tagen noch diskutieren, über die Abschaffung der Studiengebühren zum Beispiel. Er hat übrigens vergessen, dass die FDP im Saarland da mitgestimmt hat. Wir reden auch noch über Grunderwerbsteuer und Ähnliches. Diese Debatten werden in den nächsten Tagen folgen.

Lassen Sie uns heute doch einmal über den Haushalt reden. Von Ihnen beiden habe ich dazu relativ wenig gehört. Herr Kollege Laumann, was sagen Sie denn eigentlich? Glauben Sie, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch vorliegt?

- Sie glauben das nicht? Das ist schon einmal eine Aussage.

Ich habe dazu am 19. Februar in den „Aachener Nachrichten“ die Nachricht gefunden - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -: Herr Laumann kündigte an, seine Fraktion

werde bis zu diesem Zeitpunkt einen alternativen Haushaltsentwurf vorlegen - also bis zum 19. Mai -, dessen Nettokreditaufnahme die zulässige Verfassungsgrenze von etwa vier Milliarden Euro nicht überschreite. Herr Kollege Laumann, darauf sind wir sehr gespannt!

Bleiben Sie dabei bitte nicht im Ungefähren. Sie reden so gerne über das Sparen. In der letzten Legislaturperiode ist das aber nicht so richtig gelungen. Kommen Sie doch jetzt einmal - wie es bei uns im Ruhrgebiet heißt - mit Butter bei die Fische. Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, was das konkret bedeutet. Sagen Sie, welche Kürzungen jetzt vorzunehmen sind, zu denen Sie offensichtlich in den letzten fünf Jahren keinen Mut hatten. Auch das gilt es einmal festzuhalten. Den Mut hatten Sie offensichtlich nicht.

Dann rechnen wir einmal ein bisschen. Ich muss jetzt einmal die Konzentration bemühen. Ein paar Zahlen in einer Haushaltsdebatte sind aber wahrscheinlich auch richtig und wichtig. Wir legen jetzt einen Haushalt inklusive Ergänzung mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 7,1 Milliarden Euro vor. Wenn Sie die Verfassungsgrenze erreichen wollen, müssen Sie bei 3,77 Milliarden Euro - machen wir es glatt - bei 3,8 Milliarden Euro landen. Dann könnten wir die Verfassungsgrenze einhalten. Nehmen wir von den 7,1 Milliarden Euro einmal gedanklich die 1,1 Milliarden Euro unseres Politikwechselfpakets weg, welches auf Vorbeugung, Bildung und Kinder ausgerichtet ist.

Ich nehme mal von den 7,1 Milliarden diese 1,1 Milliarden herunter, bleiben noch sechs Milliarden Euro. Allerdings hätte ich von Ihnen, Herr Kollege, dann gerne eine Aussage zu den 350 Millionen Euro für die Kommunen, die Sie im Antrag mitbeschlossen haben. Soll ich die drinlassen oder herausnehmen? Wollen Sie die oder wollen Sie die nicht? Oder machen Sie das hier nur als Bekenntnis bei irgendwelchen Abstimmungen im Landtag, und wenn es um Daten und Fakten im Haushalt geht, wollen Sie nicht mehr mitmachen? Das würde ich gerne wissen. Also!

Gehen wir die Nummer mal weiter durch. Wir sind jetzt von 7,1 Milliarden gedanklich bei 6 Milliarden Euro angekommen. Es bleibt eine Lücke von 2,2 Milliarden Euro, die in 2011 zu schließen ist – übrigens von dem Zeitpunkt an, zu dem der Haushalt verabschiedet ist, von dem Sie beide ja sagen, das könnte noch so weit hinten stattfinden. Auch das gehört zur Redlichkeit dazu.

Nehmen wir mal das weg, was gesetzlich festgelegt ist, und gucken auf das, was theoretisch flexibel möglich ist. Als erste Maßnahme müsste ich sofort einen Einstellungsstopp verhängen. Keine 2011 freiwerdende Stelle dürfte dann wiederbesetzt werden. Wir reden hier immerhin über 8.200 Stellen oder eine Einsparungssumme von rund 200 Millionen Euro. Das wären 5.002 Lehrerinnen und Lehrer weniger, 1.476 Polizistinnen und Polizisten weniger – ich rede über reale Zahlen; wir wissen ja, wer in Pension geht –, 820 Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsangestellte weniger, 738 Finanzbeamte weniger – es gibt ja einige hier im Haus, die das gerne sehen würden –, und 164 Stellen weniger bei der restlichen Verwaltung. – Die Überschrift von Freitag „Junge Polizisten beginnen ihre Ausbildung“ gäbe es dann nicht mehr.

Die Überalterung bei der Polizei würde fortschreiten. Wir hätten weniger Sicherheit, und wir hätten vor allem weniger Bildung. Herr Kollege Laumann, das müssen Sie sich jetzt schon gefallen lassen. Hören Sie doch in Ruhe zu. Ich habe Ihnen auch zugehört. Es kämen 200 Millionen Euro zustande, wenn ich diese 8.200 freiwerdenden Stellen in 2011 nicht mehr besetzen würde. Wir sind uns sicher einig: Mit 200 Millionen Euro haben wir die Lücke von 2,2 Milliarden Euro noch nicht hinlänglich geschlossen. Also

müssten wir auch noch an die kompletten Systeme der Landesförderprogramme heran. Das ist ja immer die schöne Politik der FDP: Förderung, Subvention, das brauchen wir alles nicht. – Das ist ja immer Ihre Linie.

2011 reden wir für diesen Bereich über ein Gesamtvolumen von 1,47 Milliarden Euro. Da wir nur die Hälfte des Jahres 2011 einstellen könnten, wären das knapp 730/740 Millionen Euro. Das hieße: offener Ganztags 370 Millionen Euro, frühkindliche Bildung 240 Millionen Euro, Kulturbereich mit 130 Millionen Euro. „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wäre dann weg mit 70 Millionen Euro, Hochwasserschutz 40 Millionen Euro, Stadterneuerung 110 Millionen Euro, Familienbildung 20 Millionen Euro. – Geht das? Ich sage Ihnen: Das geht nicht!

Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das sagen. Denn das ist das, was die Menschen draußen und in diesem Landtag von Ihnen wissen wollen. Sie wollen wissen, wie Sie konkret auf die Kreditverfassungsgrenze kommen. Ich habe gesagt „Pauschal geht nicht“, weil ich politisch der Auffassung bin, dass das nicht geht. Aber abgesehen davon bestehen ja auch Verpflichtungsermächtigungen, liegen Verträge zugrunde, sodass das kurzfristig eh alles nicht möglich wäre. Aber selbst wenn! Diese beiden großen Blöcke, Einstellungsstopp und Streichung aller Förderprogramme, bringen roundabout eine Milliarde Euro. Die Lücke lag bei 2,2 Milliarden Euro. Es bleibt also noch etwas übrig.

Wo gehen wir dann heran? Dann gehen wir doch auch an die landesgesetzlichen Leistungen heran, lieber Kollege Papke. 1,2 Milliarden Euro Ersatzschulfinanzierung, 1,34 Milliarden Euro U3-Betreuung. Oder wollen wir an den Maßregelvollzug mit 250 Millionen Euro oder an die Kinder- und Jugendförderung mit 100 Millionen Euro? Was darf's denn sein, meine Herren? Sie müssen Alternativen auf den Tisch legen. Sie können hier nicht einfach immer nur in Überschriften reden. Die Zeiten sind vorbei, meine Herren! Sie tun so, als wäre das alles morgen herstellbar. Dann reden wir mal über Daten und Fakten, über das, was im Haushalt festgelegt ist, wo man gar nicht herankommen kann. Ja, das ist das, wo wir sparen können. An allen diesen Positionen können wir theoretisch sparen. Wir reden hier mal Tacheles!

Es gäbe noch eine Möglichkeit. Die will ich nicht außer Acht lassen. Wir hätten noch eine Möglichkeit. Den Hochschulpakt II zwischen Land und Bund könnten wir kündigen. Ja, die Frau Wissenschaftsministerin zuckt zusammen. Das brächte 2011 Einsparungen von rund 28 Millionen Euro, in den Folgejahren von 2012 bis 2015 allerdings 551 Millionen Euro. Das ist schon eine Hausnummer. Aber das Problem ist: Wenn wir das machen, gehen uns 580 Millionen Euro vom Bund durch die Lappen, die wir als Kofinanzierung dazubekommen würden. Im Übrigen hätten wir dann für die 90.000 zusätzlichen Studierenden, die wir in den nächsten Jahren erwarten, nicht genug Plätze. Den Aufschrei, der dann durchs Land ginge, kann ich mir gut vorstellen.

Das sind die Flexibilitäten. Herr Laschet, ich kann mir vorstellen, dass Ihnen das nicht passt, wenn es konkreter wird. Machen wir es ganz konkret! Unser Haushalt hat knapp 40 Prozent Personalkosten. Oder wollen Sie auch noch kündigen?

Lassen Sie mich doch mal zu Ende reden. Ich war eben doch auch ganz ruhig. Ich kann verstehen, dass Sie sich aufregen, denn genau das ist jetzt Ihr Problem. Das kann ich gut verstehen.

Wir haben etwas über 40 Prozent Personalkosten im Haushalt. Falls Sie den Einstieg nicht mitbekommen haben: Ich gehe jetzt im Einzelnen die Positionen durch, wo es theoretisch Möglichkeiten gäbe, aus den Ausgaben auszusteigen. Zuletzt war ich beim Hochschulpakt. Wenn die Wissenschaftsministerin jetzt nicht ganz bleich wird, dann

kann ich auch noch sagen: Die Verpflichtung, die wir den Hochschulen gegenüber eingegangen sind, ist auch gerade ausgelaufen. Die könnten wir auch gleich noch aufkündigen. – Nur, um das Szenario darzustellen! Das heißt, lieber Herr Kollege: Es kann nicht gelingen, in diesem Jahr auf die Verfassungsgrenze herunterzukommen – abgesehen davon, dass ich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nach wie vor für gestört halte.

Ihr Fraktionsvorsitzender sagt, a) es sei nicht gestört, b) Sie wären in der Lage, mit dem Haushalt 2011 auf 3,77 Milliarden Euro herunterzukommen. Deshalb muss man da, glaube ich, ein bisschen in die Details hineingehen.

Aber das Problem ist ja, dass Sie die Frage gar nicht beantworten wollen, woher die Einsparungen kommen sollen. Und wenn, dann müssten Sie zweitens auch die Frage beantworten, warum Sie diese Einsparungen in den letzten fünf Jahren nicht vorgenommen haben. Diese Frage müssten Sie dann auch beantworten.

Das wird eine ganz interessante Rechnerei. Warum ich Ihnen das alles aufliste, der Vorwurf, den ich Ihnen mache: Es ist scheinheilig zu behaupten, eine Verfassungsgrenze könnte in diesem Jahr eingehalten werden. Das ist scheinheilig. Oder Sie müssen dieses Land kaputtsparen. Und Sie werden die Frage beantworten müssen, ob Sie das wollen oder nicht. Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen.

Ich habe alles aufgelistet, was überhaupt theoretisch an Einsparungen denkbar wäre, wo wir nicht vertraglich oder gesetzlich verpflichtet sind, das können wir mal beiseite packen. Oder Einsparungen durch Personal, denn „Kündigungen“ als Stichwort habe ich in diesem Hause noch von niemandem gehört, nicht mal von der FDP. Noch toller aber wird es dadurch, dass Sie zeitgleich auch noch in sämtlichen Anträgen, die ich in den letzten Wochen miterlebt habe, immer weitere Mehrausgaben fordern.

Was habe ich da nicht alles gehört: Einzelne Straßenbauprojekte in den Wahlkreisen der wertigen Kollegen aus der CDU-Fraktion – die FDP ist da nicht so kommunal verankert. 200 Millionen Euro Aufstockung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung – lieber Herr Kollege Laumann, das ist Ihr Antrag von September 2010. 23,5 Millionen Euro Mehrausgaben für Ihren Antrag „Erfolgreiches Werkstattjahr weiter fortführen“.

Oder nehmen wir die medizinische Fakultät in OWL unter dem Stichwort „Ärztmangel und medizinische Versorgung“ – hier reden wir über 45 Millionen Euro Jahr für Jahr plus einmalig 32 Millionen Euro. Oder reden wir über Ihr schulpolitisches Konzept, wo für die drei teuersten Maßnahmen, die Sie darin vorgesehen haben, 22.500 Lehrer gebraucht würden, das Ganze mal 50.000 Euro, was round about eine Milliarde Euro mehr macht. Das ist keine Politik, das sind keine Vorgehensweisen, die Sie in irgendeiner Weise qualifizieren, in Zukunft dieses Land zu regieren, es tut mir sehr leid.

Worum es geht, ist, wie wir NRW nach vorne und die Schulden wirklich auf null bekommen, wie wir wirklich eine Konsolidierung schaffen. Das geht über eine oberflächliche Diskussion, wie sie hier manchmal im Stile eines Wahlkampfes geführt wird, eben weit hinaus. Da muss man schon in die Details einsteigen. Wir haben in diesem Haushaltsentwurf immerhin 500 Millionen Euro an Einsparungen drin. Die habe ich von Ihnen in den letzten Haushalten in dieser Größenordnung nicht gesehen, um das mal ganz offen zu sagen.

Um was es mir aber wirklich geht: Es ist scheinheilig, zu behaupten, es ginge. Es ist genauso scheinheilig, damit nach Münster zu marschieren. Und jetzt rede ich über den Punkt: Es wäre möglich, die Verfassungsgrenze einzuhalten.

Es ist – das habe ich beim letzten Mal deutlich dargestellt – für mich noch scheinheiliger, zu behaupten: Wir haben für die WestLB eine Rücklage aus Schulden finanziert, da es nie Überschüsse im Haushalt gab. Aber die jetzige Regierung darf es jetzt nicht tun, auch wenn es als Vorsorge für die Lasten aus der Bad Bank gedacht ist, von denen wir wissen, dass sie auf uns zukommen. – Das ist der andere Teil.

Nein, wir müssen darüber reden, was passiert, wenn Sie damit fortfahren, in dieser Weise Politik zu machen. Was passiert dann eigentlich in diesem Land? Was passiert, wenn Sie zum Verfassungsgericht laufen? Sie geben im Grunde die Kompetenz dieses Parlaments ab. Sie entmündigen das Parlament. Denn die politischen Entscheidungen sollen demnächst beim Verfassungsgericht getroffen werden – das ist es, was da gerade abläuft. Natürlich dürfen Sie dort hingehen, niemand hält Sie davon ab.

Ich habe Ihnen eben ganz ruhig zugehört, ich wundere mich, dass Sie so aufgeregt sind. Ich sage nicht, Sie dürften nicht zum Verfassungsgericht gehen. Ich sage nur: Seien Sie sich sehr bewusst darüber, welche Veränderungen für das Parlament und dessen Gestaltungskraft daraus erwachsen werden. Sie geben im Zweifelsfall politische Gestaltungskompetenz nach Münster ab. Das ist die Warnung, die ich an dieser Stelle aussprechen möchte. Sie müssen sich darüber im Klaren sein, wenn Sie das tun. Denn das ist keine lapidare Sache.

Im Übrigen möchte ich noch sagen: Sie sind nach Münster gegangen, wobei diese Klage, die Sie dort vorgebracht haben – in einem Satz zusammengefasst – inhaltlich eine Selbstanklage darstellt. Mein Appell ist: Lassen Sie uns hier, in diesem Landtag, über den richtigen Weg streiten. Lassen Sie uns darüber streiten, wie wir wirklich zu null Schulden kommen! Denn dieser Weg war, als Sie die Regierung abgegeben haben, nun wahrlich nicht erkennbar, Stichwort „mittelfristige Finanzplanung“.

Aber auch ein anderes Stichwort will ich Ihnen nicht vorenthalten. Was hat mein Vorgänger im Amt dazu gesagt, wie er auf null Schulden kommen will? Ich zitiere aus „Der Westen“ vom 19. August 2009, Überschrift: „Rüttgers fordert drei Prozent Wachstum“: „Um die Wirtschaft dauerhaft in Schwung zu bringen ... Die durchschnittliche Wachstumsrate von 1,5 Prozent werde auf lange Sicht nicht ausreichen, um die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen.“ Und er will dann auf drei Prozent hoch.

Als studierte Ökonomin verstehe ich etwas von Wirtschaft, und ich glaube nicht daran, dass wir über die nächsten zehn Jahre durchschnittlich drei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr haben. Das war die Hoffnungspolitik, die Sie hinterlassen haben; das war eines der Probleme. Lassen Sie uns hier über den richtigen Weg streiten. Lassen Sie uns darüber streiten, und zwar mit Daten und Fakten unterlegt: Wie kommt man auf einen Schuldenstand von null herunter? Und da bleibe ich bei meiner tiefsten Überzeugung: Der Weg, der eingeschlagen wurde und von unserer Vorgängerregierung, rot-grün damals, auch massiv verfolgt worden ist, war nicht falsch. Aber er hat am Ende nicht zum Ziel geführt, sondern wir haben immer wieder, in jedem Jahr, neue Nettoneuverschuldung aufgetürmt.

Für einen Weg Richtung null muss man auf die Strukturen schauen. Dazu gehört eine gezielte Politik, die auf Prävention, auf Bildung, auf Kinder, auf Vorbeugung setzt, damit die horrenden Sozialausgaben, die uns auf allen politischen Ebenen die Luft abdrehen, in Zukunft gar nicht mehr in dieser Größenordnung entstehen. Das ist der richtige Weg.

Das hat zwei Effekte. Die Ausgaben werden nicht mehr in dieser Form anfallen, und die Einnahmen werden steigen. Wenn wir es schaffen, wie es Kollege Priggen dankenswerterweise ausführlicher dargestellt hat, dass wir mehr Kinder zu besseren Abschlüssen führen, haben wir ein steigendes Wirtschaftswachstum, eine steigende Wirtschaftskraft und damit auch steigende Einnahmen in diesem Land. Und die brauchen wir ganz dringend, meine Damen und Herren.

Dabei reden wir nicht nur über Sozialpolitik, dabei reden wir über Wirtschaftspolitik. Denn das, was unseren Unternehmen in diesem Land am meisten Sorgen macht, ist der sich abzeichnende Fachkräftemangel. Da haben wir keine Zeit mehr, die richtigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das müssen wir heute tun; ansonsten **versündigen wir uns an der Zukunft unserer Kinder. Lassen Sie uns hier darüber reden, ob wir gezielt in Kinder, Bildung und Vorbeugung investieren, ob wir die Zukunft stärken oder ob wir unseren Kindern die Zukunft verbauen, die soziale Spaltung vergrößern und die Kommunen flächendeckend in den Ruin treiben. Das war nämlich die Politik, die wir in diesem Land nicht fortsetzen wollten.**

Das ist die Wahl, vor der die Menschen stehen. Wenn Sie nicht damit einverstanden sind, dass ich den Haushalt im Internet mit den entsprechenden Instrumenten diskutiere, weil Sie sagen, das müssen die Menschen in diesem Land entscheiden, steht es Ihnen jederzeit frei, hier im Plenum einen entsprechenden Antrag zu stellen – jederzeit. Wenn Sie nicht mehr hier diskutieren, sondern die Bürgerinnen und Bürger **entscheiden lassen wollen, müssen Sie es sagen. Wir jedenfalls sehen dieser Auseinandersetzung sehr gelassen entgegen, weil die meisten Bürgerinnen und Bürger sehr genau wissen, dass das der richtige Weg für unser Land ist, auf Kinder, Bildung und Vorbeugung zu setzen.**

Sie sehen nicht ein, dass wir Banken mit Hunderten von Milliarden retten und kein Geld mehr für Bildung da ist. Das wissen die Bürgerinnen und Bürger sehr genau. Diese Maßnahmen sind geeignet. Ich sage es noch einmal deutlich: Wir sind der Auffassung, dass nach wie vor eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt. Das hat der Finanzminister ausgeführt. Wir sind auch der Auffassung, dass die Maßnahmen, die wir mit diesem Haushalt in die Wege geleitet haben, zur Abwehr dieser Störung dienen.

Ich berufe mich auf keinen Geringeren als den Sachverständigenrat, der sich in seinem Jahresgutachten 2010/2011 in Kapitel 1, Seite 5 bis 6, explizit und ausführlich für zusätzliche Investitionen in Bildung und Innovation ausspricht. Ich zitiere:

„Die Wachstumsstrategie muss darauf gerichtet sein, einem immer noch möglichen Abrutschen der deutschen Volkswirtschaft auf einen niedrigen Wachstumspfad nicht nur entgegenzuwirken, sondern – mehr noch – die Chancen auf einen höheren Wachstumspfad zu verbessern. Dies kann mit Hilfe von Zukunftsinvestitionen in Form von Bildungsanstrengungen und Innovationen bewerkstelligt werden:

Eine Bildungsoffensive muss zum einen das allgemeine Bildungsniveau in Deutschland, welches im internationalen Vergleich nur mittelmäßig abschneidet, anheben. Zum anderen besteht die Notwendigkeit, Chancengleichheit, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern, bei der Erlangung höherer Bildungsabschlüsse herzustellen. Bildungsinvestitionen sollten möglichst früh im Bildungszyklus einsetzen, beispielsweise in Form eines verpflichtenden Vorschuljahres, flächendeckender Ganztagschulen und eines flexibleren Übergangs zwischen einzelnen Bildungsabschnitten. Diese Maßnahmen kommen nicht zuletzt Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zugute.“

So weit der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2010. Das ist genau das, was wir machen. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir ein klares Konzept. Unsere Finanzpolitik ruht auf drei Säulen. Alle drei zusammen machen die Stabilität aus.

Erste Säule: Einnahmeverbesserung. Im Land ist das nur schwer möglich. Wir werden alles diskutieren, was an Einnahmemöglichkeiten denkbar ist. Das diskutieren wir und werden es auch weiter tun. Eines aber auch hier als klare Aussage: Wir brauchen an dieser Stelle auch den Bund. Denn es gibt eine strukturelle Unterfinanzierung nicht nur der Kommunen, sondern auch der Länder im gesamtwirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb sind wir uns auch einig – auch wenn wir das hier nicht entscheiden können und über den Bundesrat leider noch immer keine gestaltende Mehrheit haben; wir bauen auf die nächsten Landtagswahlen –, dass es sinnvoll wäre, die Einnahmen insgesamt zu erhöhen, um einen handlungsfähigen Staat garantieren zu können. Wir reden über Vermögensteuer, wir reden über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, weil wir der Auffassung sind, dass in diesem Land starke Schultern mehr tragen können und mehr tragen müssen, und dabei bleiben wir.

Wir wissen auch, dass wir uns allein auf gute Konjunkturdaten, wie es Herr Rüttgers vorgehabt hat, nicht verlassen können. Wir brauchen strukturelle Verbesserungen auf der Einnahmeseite, ganz besonders bei den Kommunen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Folgendes einfügen, weil in Berlin gerade Hartz IV verhandelt wird. Das, was jetzt für die Kommunen dabei herauskommt – mit der Spitzabrechnung läuft es hoffentlich so, dass wir nicht in die Konnexitätsfalle laufen, versuchen wir zum Teil gegen die Kolleginnen und Kollegen aus CDU und FDP in Berlin durchzusetzen. Wenn uns das gelingt, heißt das immer noch nicht, dass wir die Kommunen auf einen sicheren Pfad geführt haben. Wir brauchen noch mehr Unterstützung des Bundes bei den Soziallasten der Kommunen, damit wir sie in eine sichere Zukunft führen können. Auch das muss man heute deutlich sagen.

Die zweite Säule neben der Einnahmeverbesserung ist der Begriff Sparen, das ist die Aufgabenkritik, das ist die Hebung von Effizienzreserven, wie ich das immer nenne. Wir haben in diesem Haushalt einschließlich Ergänzungsvorlage 500 Millionen Euro Einsparungen. Wir fangen bei uns an, Herr Papke. Dass Ihnen das nicht gefällt, kann ich nachvollziehen.

Herr Kollege Papke, wenn Sie meine „TatKraft“-Termine angreifen, müssen Sie sich erst einmal schlau machen, wie das abläuft und wie das geht. Das kann ich von Ihnen erwarten. Ich lade Sie sehr gerne ein.

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal eine Veranstaltung organisiert haben. Sie müssen Einladungen ausschicken, Sie müssen einen Raum mieten, Sie brauchen eine Lichtanlage und eine Tonanlage. Denn es kommen ein paar Hundert Leute, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Das findet nämlich einen relativ guten Zuspruch; übrigens kommen auch viele Kollegen aus FDP- und CDU-Ratsfraktionen. Da sitzen auch viele aus Vereinen und Verbänden. Das ist ja auch der Sinn des Ganzen.

Dass Sie sich darüber ärgern, dass ich mit diesen „TatKraft“-Tagen etwas tue, was – mit Verlaub – auch Ihnen vielleicht einmal gut täte, nämlich ein bisschen an die Basis in unserem Land zu gehen, also dorthin zu gehen, wo die Menschen sind, und mit ihnen einen Arbeitstag zu durchleben und zu erleben, und dass Sie das anprangern, kann ich verstehen, weil es für Sie wahrscheinlich brandgefährlich ist, dass ich daraus natürlich immer wieder Handlungsansätze für die Politik mitnehme.

Luxusveranstaltungen? Nein, Herr Kollege Papke. Da kommen jeweils ein paar Hundert Menschen hin. Herr Kollege Papke, mit Luxusveranstaltungen meinen Sie wahrscheinlich die „Petersberger Convention“ unter Ihrer Regierung, wo eine Veranstaltung 500.000 Euro gekostet hat.

Es sind keine opulenten Veranstaltungen. Es kommen ein paar Hundert Leute, und anschließend gibt es als Bewirtung etwas zu trinken und eine Laugenbrezel, und es wird nicht, wie bei Ihnen, zum Teil noch die Übernachtung der Gäste mitbezahlt. Wir gehen an diese Bereiche heran. Wir haben eingespart. Wir haben unsere eigenen Repräsentationsfonds gekürzt. Auf diese Idee sind Sie nicht gekommen. Sie wollten Ihre Politik immer nur vermarkten: Wenn es keine Inhalte gibt, braucht man halt bessere Überschriften. Das ist das Problem.

Da wir gerade bei Einsparungen sind: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Papke – das gehört auch dazu –, haben wir nach dem Regierungswechsel keine neuen Stellen geschaffen. Auch das war bei Ihnen anders. Wir werden diesen Weg der Einsparungen weitergehen.

Die erste Säule waren die Einnahmeverbesserungen. Die zweite Säule waren die Aufgabenkritik und das Sparen. Wir haben Effizienzteams eingesetzt, die durch die einzelnen Ressorts gehen und sich sehr genau anschauen werden, welche Aufgabe wir in Zukunft nicht mehr machen werden, von welcher Aufgabe man sich trennen kann, wo sich das Land zurückziehen kann. Wir werden das aber in verantwortungsvoller Weise tun und nicht Projekte von heute auf morgen absterben lassen, sondern Brücken bauen. Deswegen geht manches nicht in 2011, sondern wird erst ab 2012 auf die Schiene gesetzt.

Die dritte Säule sind Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen die Entlastung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Für uns ist wichtig: Vorbeugen ist besser als Heilen. Das war übrigens einhellige Meinung aller Fraktionen im Abschlussbericht der Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010. Die Enquetekommission hat am Ende erklärt – übrigens mit Unterschrift von uns allen im Landtag: Präventionsprogramme rechnen sich, helfen langfristig, Geld zu sparen, und sind deutlich preiswerter als spätere Interventionen.

Hier kann man nur sagen: Die Enquetekommission hat den richtigen Weg gewiesen. Diesen Weg werden wir einschlagen.

Dass insbesondere Investitionen in den Bildungsbereich im Zentrum stehen müssen, steht hoffentlich in diesem Hause außer Frage. Lieber Herr Kollege Papke, manchmal sollte man dem eigenen Parteifreund zuhören. Ich zitiere Christian Lindner, der ja früher einmal in diesem Hause war, in der „Rheinischen Post“ vom 28. Januar:

„Die Zeit drängt aber, weil die Schuldenbremse bei den Ländern zum Strick werden könnte, an dem die Bildung aufgehängt wird. Die Länder haben schließlich kaum andere Einsparmöglichkeiten als bei der Bildung. Dazu darf es aber nicht kommen.“

Ich kann nur sagen: Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse werden. Dafür werden wir in diesem Land sorgen.

Dass diese Politik der richtige Weg ist, um die Schulden auf null zu bringen, nämlich indem wir dafür sorgen, dass teure Reparaturausgaben nicht mehr anfallen, die Ausgaben damit sinken und gleichzeitig die Wirtschaftskraft und die Einnahmen steigen, das werden wir gerne in diesem Hause und, wenn Sie möchten, auch in einem Wahlkampf draußen mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Debatte stellen. Ich

bin mir sicher, dass dieser Weg für Nordrhein-Westfalen der richtige ist. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. – Vielen Dank.